



Art des Vorstosses:  Interpellation  Anfrage

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

Titel:

Frühfranzösisch: Was macht der Kanton Obwalden?

Begründung:

Vor rund einem Jahr wurde ein Postulat, welches einen Bericht zu dieser Thematik forderte, nicht überwiesen.

Wir haben keine Mühe damit, diesen demokratisch gefällten Entscheid zu akzeptieren. Allerdings hat diese Thematik in unsern umliegenden Kantonen zu ähnlichen oder gar weiterführenden politischen Vorstössen geführt. Wie wir in unserer Argumentation vor einem Jahr ausführlich erläutert haben, ist die Problematik präsenter denn je. Die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der deutschen Sprache bei Schulabschluss hat abgenommen, aber leider haben die Kompetenzen in den Fremdsprachen nicht zugenommen.

Wir stellen fest, dass das Problem mit zwei Fremdsprachen auf der Mittelstufe auch in Obwalden nach wie vor existiert. In der Praxis haben wir auch in diesem Jahr wieder ganz andere Rückmeldungen erhalten, als dies in der Antwort des Regierungsrates vor einem Jahr ausgeführt wurde.

Auskunftsbegehren/Frage:

Persönlich begrüssen wir eine Harmonisierung der Bildungspolitik in der Deutschschweiz. Das Unbehagen bei den betroffenen Schülern, Eltern und Lehrern wirft aber bei uns nochmals Fragen auf:

- 1.) Erachtet es der Regierungsrat als sinnvoll, die Schulleitungen unserer sieben Gemeinden anzufragen, wie die betroffene Lehrerschaft mit dem Frühfranzösisch zurechtkommt? Der bürokratische Aufwand für eine solche Befragung dürfte sich in Grenzen halten.
- 2.) Erachtet es der Regierungsrat als erstrebenswert, den Puls an der Basis zu spüren (z.B. Anfrage beim Verein „Schule und Elternhaus Obwalden“, beim kantonalen Berufsberater etc.), um für allfällige Diskussionen gewappnet zu sein?
- 3.) In umliegenden Kantonen wird nun evaluiert, wie wir das in unserem letztjährigen Postulat gefordert haben: Der Nidwaldner Landrat hat ein Postulat für einen Bericht zur Fremdsprachensituation mit 51 Ja überwiesen. Im Kanton Luzern sammelt ein breit abgestütztes Komitee Unterschriften für eine Volksinitiative, die nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe vorsieht. Wird es nicht schwierig für den Regierungsrat, mit den andern Kantonen in dieser Frage mitzudiskutieren, wenn wir keinen Stimmungsbarometer und Zahlen aus dem eigenen Kanton haben, die sich auf Befragungen und Fakten abstützen (z. B. Rückmeldungen direkt Betroffener, Angaben über Dispensationen vom Fremdsprachenunterricht auf der Mittel- und Oberstufe usw.)?

Datum: 24. Oktober 2013

Urheber/-in: Bruno Furrer und Urs Keiser